

Berichte	Bd. 91, H. 2, 2017, S. 139–154	Leipzig
----------	--------------------------------	---------

Florian WEBER, Tübingen

Widerstände im Zuge des Stromnetzausbaus – eine diskurs-theoretische Analyse der Argumentationsmuster von Bürger-initiativen in Anschluss an Laclau und Mouffe

Conflicts around Germany’s power grid extension – an analysis of the argumentative patterns of citizens’ initiatives applying the discourse theory of Laclau and Mouffe

Summary: After the Fukushima reactor catastrophe of March 2011, German energy policy underwent a sudden and far-reaching change. By 2022 all Germany’s nuclear power stations are to be phased out. As a major consequence, the national energy supply will depend in future very largely on renewable resources. As wind-generated energy is mostly produced in Northern Germany, but also required by high-consuming industries in south of Germany, planners and politicians are currently taking steps to extend the existing power grid. These plans met with persistent and sometimes fierce opposition from citizens’ initiatives (CIs). Such resistance has already led to the alteration of existing plans for overhead power lines in favour of buried cabling. Besides, a considerable number of CIs reject the very idea of grid extension as unnecessary.

The article discusses key negotiation processes from a discourse theoretical perspective applying the discourse theory of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe. Based on two surveys of CIs conducted in December 2015 and June 2017, it investigates how specific critical issues such as “landscape and home environment”, “economic concerns”, “health protection”, and “nature conservation” tend to gain discursive dominance, and how the focus changes with time and circumstances. The article closes with an overview and research outlook that raise the question of practical applications of the results of discourse theory.

Keywords: discourse theory, conflicts, Energiewende (energy transition), grid extension – Diskurstheorie, Konflikte, Netzausbau

1 Einführung: Widerstände im Zuge des Stromnetzausbaus

Seit den 1990er und ausgeprägter seit den 2000er Jahren wächst der Anteil an erneuerbaren Energien an der deutschen Stromversorgung kontinuierlich. Wurden im Jahr 1990 nur 3,4% der Bruttostromerzeugung durch erneuerbare Energieträger erbracht, waren es 2015 bereits 31,6% (BMWi 2016, 10). Bis zum Jahr 2035 sollen

zwischen 55–60% des Bruttostromverbrauchs entsprechend gedeckt werden (BMWi 2017, o. S.). Verstärkt seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 wird die Förderung erneuerbarer Energien unter dem Dach der „Energiewende“ diskutiert und politisch forciert. Da bis 2022 alle Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen werden sollen (dazu z. B. LEIBENATH 2013, 8; MAUBACH 2014; WEBER & JENAL 2016, 377), ergeben sich weitreichende Veränderungen im deutschen Energieversorgungssystem. Das Schlagwort „Energiewende“ ist jedoch keineswegs neu. Bereits 1980 wurde in einem Bericht des Öko-Instituts in Freiburg von „Energie-Wende“ gesprochen (Öko-Institut e. V. 1980, zur Thematik u. a. auch BRUNS 2016; STURM & MATTISSEK 2018). Die Dynamik hat sich allerdings deutlich erhöht. In Verbindung mit dem Zuwachs erneuerbarer Energien wird ein umfangreicher und schneller Stromnetzausbau durch Bundesnetzagentur und Politik als erforderlich erachtet, um Leitungsengpässe und ein „Abregeln“ erneuerbarer Energien zu vermeiden (vgl. u. a. NEUKIRCH 2014; RIEGEL & BRANDT 2015; WEBER et al. 2016). Auch wenn die Energiewende in großen Teilen der deutschen Bevölkerung weiterhin im Grundsatz befürwortet und der Netzausbau politisch und medial ebenfalls bis heute in hohem Maße als erforderlich angesehen wird (Agentur für Erneuerbare Energien 2015; BMUB & BfN 2016), so haben lokale Proteste insb. gegen den Bau von Windkraftanlagen und den Stromnetzausbau deutlich zugenommen (u. a. BECKER et al. 2013; NEUKIRCH 2014; WALTER et al. 2013; WEBER et al. 2017). Neben Anpassungen bestehender Planungen werden manche Vorhaben vollkommen abgelehnt und Widerstände öffentlichkeitswirksam organisiert. Die zwischenzeitlichen Kurswechsel der bayerischen Staatsregierung im Hinblick auf den Netzausbau, die von Befürwortung über gänzliche Ablehnung bis hin zum Votum für Erdverkabelung reichten, zeugen beispielhaft von der Resonanz, die starke öffentliche Kritik durch Bürgerinitiativen bewirkt hat (KÜHNE et al. 2016, 13; WEBER et al. 2016, 75 f.).

Spezifische Positionen und Argumente erhalten politisch und gesellschaftlich zwischenzeitlich verstärkte Relevanz und drängen andere Deutungen in Teilen in den Hintergrund. Diese sind einerseits allerdings nur schwer auf einzelne Akteure, andererseits aber nicht nur auf Veränderungen bestehender Strukturen zurückzuführen. Zur Beleuchtung markanter Umbrüche und Machtverschiebungen hat sich in den letzten Jahren innerhalb der deutschsprachigen Geographie v. a. eine poststrukturalistisch-diskurstheoretische Perspektive in Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2015 [engl. Orig. 1985]) als zielführend herauskristallisiert (siehe u. a. GLASZE & MATTISSEK 2009a; MATTISSEK 2008; WEBER 2013). Dieser Zugang kam bisher aber nur begrenzt zu Fragen der Energiewende zum Einsatz (LEIBENATH 2014; LEIBENATH & OTTO 2013; WEBER et al. 2016; WEBER et al. 2017; auf Irland und Großbritannien bezogen LENNON & SCOTT 2015). Laclau und Mouffe gehen davon aus, dass sich bestimmte Bedeutungen gesellschaftlich für bestimmte Zeit, also temporär, verankern, was sie mit dem Begriff des „Diskurses“ fassen: „Jedweder Diskurs konstituiert sich als Versuch, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das Fließen der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren“ (LACLAU & MOUFFE 2015 [engl. Orig. 1985], 147). Gleichzeitig besteht keine „natürliche Ordnung“, mit der sich begründen ließe, warum die eine

Position „wahr und richtig“ und andere auszuschließen seien. Der Zugang ist damit anti-essentialistisch ausgerichtet: „Wir versuchen mit allen Formen des Essentialismus zu brechen“ (LACLAU & MOUFFE 2015 [engl. Orig. 1985], 25). Permanent vollziehen sich Aushandlungsprozesse, in deren Zuge sich spezifische Sichtweisen durchsetzen und so „hegemonial“ werden. Im Alltag erscheinen diese dann häufig fest und unumstößlich (JØRGENSEN & PHILLIPS 2002; WEBER 2013). Dies geschieht gerade auch dadurch, dass andere Optionen unterdrückt werden und in das Außen des Diskurses rücken (MOUFFE 2010, 28; hierzu im Überblick auch GLASZE 2013; LEIBENATH 2014). Gleichwohl sind Veränderungen immer möglich. Mit einer diskurstheoretischen Forschungsperspektive lassen sich damit zum einen temporär verankerte und machtvolle Diskurse analysieren. Zum anderen rücken gleichzeitig Verschiebungen und damit so genannte „Dislokationen“ in den Fokus der Betrachtung (LACLAU 1990).

In bisherigen Untersuchungen zum Stromnetzausbau wurden neben politischen und planerischen Fragestellungen auch Medienberichterstattungen sowie Dialogprozesse und Beteiligungsmöglichkeiten beleuchtet (dazu z. B. HILDEBRAND & RAU 2012; HÜBNER & HAHN 2013a; RIEGEL & BRANDT 2015; STEGERT & KLAGGE 2015; WEBER et al. 2016; ZIMMER et al. 2012). Weniger Berücksichtigung fanden hingegen übergreifend vergleichbare Argumentationsmuster von Bürgerinitiativen, die sich mit Netzausbauvorhaben kritisch auseinandersetzen. Wie WALTER (2013, 9) bemerkt, dürften in den kommenden Jahren und Jahrzehnten „Bürgerprotestler [...] noch stärkere Rollen als Organisatoren der Unzufriedenheit spielen“ und so Beachtung finden. Der Artikel verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel, hegemoniale Diskurse, aber auch Verschiebungen im Zeitverlauf herauszuarbeiten. Angesetzt wird dabei mit einer Analyse der Websites und Facebook-Profile von Bürgerinitiativen, die im Dezember 2015 und im Juni 2017 mittels Google-Recherchen zusammengestellt wurden. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird dabei nicht erhoben. Gleichwohl kann durch die ähnlich gelagerten Ausrichtungen von einer recht weitreichenden „Ausleuchtung“ ausgegangen werden. Bürger/-innen-Bewegungen setzen zum Informationsaustausch in hohem Maße auf das Internet und vernetzen sich so auch untereinander (siehe z. B. Aktionsbündnis der Trassengegner 2014; Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink 2017). In die Auswertung fließen 90 bzw. 123 Initiativen ein, wobei zum einen – quantitativ orientiert – zentrale Zielsetzungen und inhaltsbezogene Kritikpunkte identifiziert und differenziert werden (vgl. zum Vorgehen WEBER et al. 2016, 22 ff.). Zum anderen werden letztere qualitativ näher beleuchtet und mit „narrativen Mustern“ (GLASZE 2007, Abs. 45 mit Bezug auf NÜNNING 2002), also vergleichbaren und so diskursiv verfestigten Argumentationsmustern, belegt (hierzu auch GLASZE et al. 2009). Der Artikel schließt mit einem Fazit und einem Ausblick im Hinblick auf die Analyse und das „Management“ von „Energiekonflikten“ (BECKER & NAUMANN 2016).

2 Bürgerinitiativen im Zuge des deutschen Stromnetzausbaus – eine diskurstheoretische Analyse in Anschluss an Laclau und Mouffe

2.1 Verortung, zentrale Ausrichtungen und Zielsetzungen

Mit der Planung neuer Stromtrassen, die zunächst in erster Linie als Freileitungen umgesetzt werden sollten (u. a. HÜBNER & HAHN 2013b; STEGERT & KLAGGE 2015), werden Vorhaben diskutiert, „die das Lebensumfeld der Menschen beeinflussen“ (MARG et al. 2013, 94) und zu Resonanz führen. Zwar stellen Widerstände gegen den Ausbau der Übertragungsnetze kein neues Phänomen dar (siehe BAYERL 2005), doch fällt das „Ausmaß“ durch die Vielzahl an Leitungsvorhaben umfänglicher aus: Im Rahmen von Vorhaben aus dem Energieleitungsausbaugesetz wird von 1.800 Leitungskilometern ausgegangen. Hinzukommen etwa 6.100 weitere Leitungskilometer im Zuge des Bundesbedarfsplangesetzes (Stand Sommer 2017, im aktuellen Überblick Bundesnetzagentur 2017). Gleichzeitig lassen sich im Hinblick auf die Bürgerinitiativen, die sich im Zuge der Netzausbauplanungen konstituiert haben, gewisse räumliche Schwerpunkte nachzeichnen. Über ein Drittel der Bewegungen hat ihren Sitz in Bayern, gefolgt von Initiativen in Niedersachsen und Hessen (Abb. 1). Im Rahmen der Internet-Erhebung im Jahr 2015 wurden im Freistaat Bayern bereits 38, 2017 dann 42 identifiziert. Besonders markant ist der starke Anstieg in Niedersachsen und Hessen, wo sich die Zahl der Bürgerinitiativen jeweils fast verdoppelt hat. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist zum einen die Anzahl „überschaubar“, zum anderen blieb auch ein markanter Anstieg aus. Alle angeführten Länder sind potenziell insb. von den Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Trassen Ultranet, SuedLink und der Gleichstrompassage Süd-Ost bzw. dem SuedOstLink betroffen (Bundesnetzagentur 2017).

Eine Analyse der räumlichen Verteilung der Mitte 2017 aktiven Bürgerinitiativen liefert ein Ergebnis, das nicht verwundert, sondern sogar sehr markant ausfällt. Gerade entlang des SuedLinks und noch auffälliger an der bis Herbst 2015 vorgesehenen Gleichstrompassage Süd-Ost reihen sich die Protestbewegungen wie bei einer Perlenkette aneinander. Auch wenn es sich in vielen Fällen noch nicht um die konkreten Trassenkorridore, sondern nur um direkte Verbindungen in Luftlinie zwischen Netzverknüpfungspunkten handelt(e) (siehe Bundesnetzagentur 2017), hat sich hier schon Widerstand formiert: Alle Bürgerinitiativen widersetzen sich den Planungsvorhaben. Zwischenzeitlich wurde Kritik am geplanten Stromnetzausbau immer „lauter“ und die Konflikte wurden gesellschaftlich diskursiv immer stärker ausgehandelt, so dass sich die bayerische Staatsregierung auf die Seite bayerischer Bürgerinitiativen stellte (nachgezeichnet in KÜHNE et al. 2016). Die zuvor innerhalb der Politik hegemonial verankerte Vorstellung, den Netzausbau i. d. R. mittels Freileitungen umzusetzen, brach auf. Vor diesem Hintergrund wurde noch 2015 der politische Beschluss zum Vorrang von Erdverkabelung bei Höchstspannungs-Gleichstromübertragung und zu mehr Pilotprojekten zur Erdverkabelung bei Wechselstrom-Vorhaben zur „Befriedung“ getroffen (Bundesgesetzblatt 2015). Damit änderten sich in Teilen auch die Verbindungspunkte, insb. in Richtung Bayern. Die Erhebung aus dem Jahr 2017 spiegelt dies allerdings noch

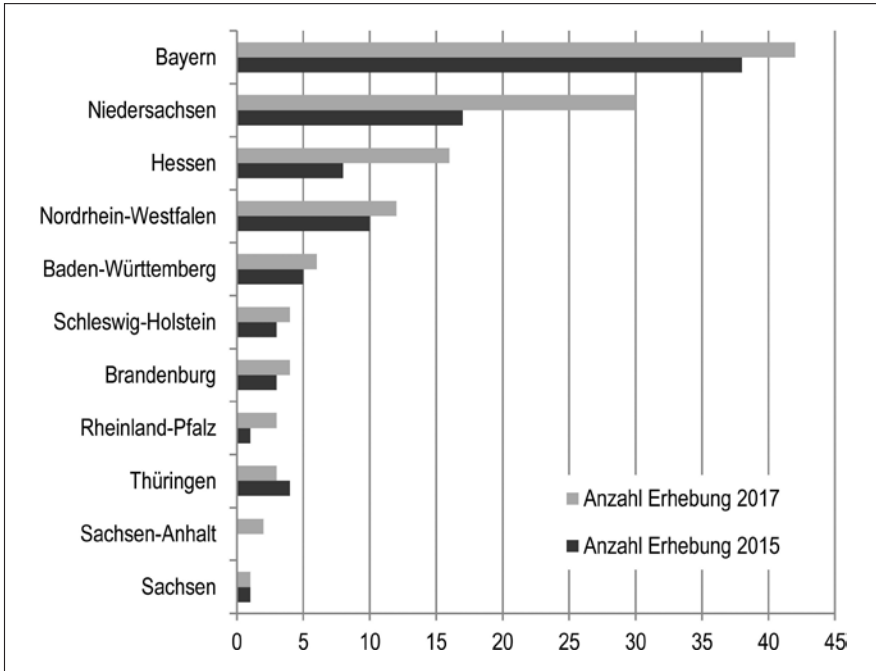


Abb. 1: Anzahl der Bürgerinitiativen im Kontext des Stromnetzausbaus nach Ländern (2017: n = 123, 2015: n = 90) (eigene Erhebung entsprechend WEBER et al. 2016, 106; Erhebung 2017 mit Unterstützung der Hilfskräfte der AG Stadt- und Regionalentwicklung).

Fig. 1: Number of CIs per federal state concerned with grid extension (2017: n = 123, 2015: n = 90) (own survey according to WEBER et al. 2016, 106; survey 2017 supported by student assistants of the working group Urban and Regional Development).

nicht tiefgreifend wider: Die neuen „Achsen“ östlich von Nürnberg sind (noch) weitgehend frei von Bürgerinitiativen. Dagegen wird der Anstieg von Initiativen entlang des avisierten SuedLinks deutlich. Entlang der zwischenzeitlich geplanten Gleichstrompassage Süd-Ost sind ebenfalls Initiativen hinzugekommen. Nach aktuellem Planungsstand wird dort keine Trasse mehr verlaufen, was aber nicht dazu geführt hat, dass ablehnendes Engagement durchgehend abnimmt.

Verfolgen Bürgerinitiativen eigentlich alle die gleichen Zielsetzungen bzw. hat sich an den Zielen zwischen 2015 und 2017 etwas geändert? Haben sich in diesem Zeitraum Dislokationen ergeben? Im Rahmen der Erhebung im Dezember 2015 war eine weitreichende generelle Ablehnung konkreter Netzausbauvorhaben hegemonial verankert. 70% der Initiativen verfolgten dieses zentrale Ziel. Weniger als ein Drittel der Bewegungen votierte für eine Umsetzung in Form von Erdverkabelung. Alternative Trassenverläufe oder angepasste Grenzwerte bzw. Forderungen nach Mindestabständen spielten nur eine untergeordnete Rolle (Abb. 2).

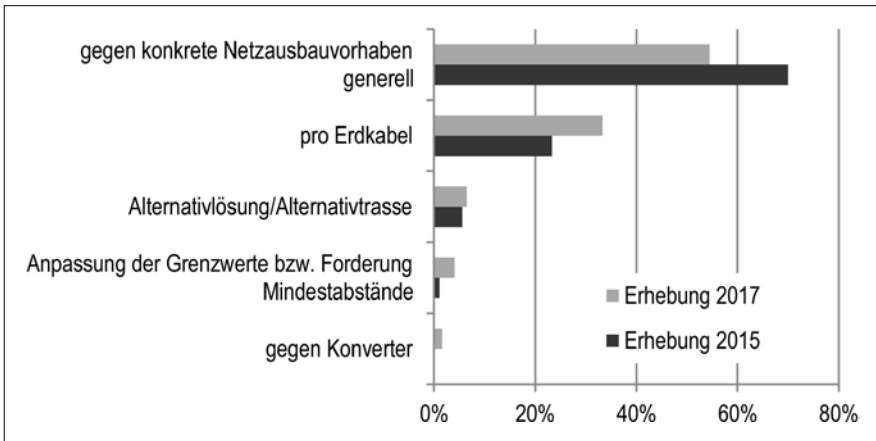


Abb. 2: Zentrale Zielsetzungen der Bürgerinitiativen 2017 und 2015 (Quelle: vgl. Abb. 1)

Fig. 2: Central objectives of CIs 2017 and 2015 (Data: rf. Fig. 1)

Die politische Entscheidung zugunsten von Erdverkabelung scheint dahingehend zu einer Dislokation geführt zu haben, dass nur noch knapp über die Hälfte der 2017 ermittelten Bürgerinitiativen gänzlich gegen Planungen opponieren, ein Drittel der Initiativen schließt sich dem Votum von Erdkabeln an.

Die Favorisierung von Erdverkabelung spiegelt sich nach Ländern differenziert insb. in Niedersachsen (18 von 30 Bürgerinitiativen) und Nordrhein-Westfalen (8 von 12) wider. Eine gewisse Tendenz zu Erdverkabelung als hegemonial verankerte diskursive Forderung ergibt sich recht grundlegend in Bezug auf Initiativen in norddeutschen Ländern. Narrative Muster verdeutlichen beispielhaft die vergleichbar vorgebrachte Zielsetzung:

- „Wir sind auch 2017 für den Netzausbau – alternativlos – aber als Erdverkabelung“¹;
- „Wir, die Bürgerinitiative Jeinsen, setzen uns seit Februar 2014 dafür ein, dass Höchstspannungsleitungen in der Erde verlegt werden“²;
- „Daher fordern wir eine Erdverkabelung der SuedLink-Gleichstromtrasse auf der gesamten Strecke von Wilster bis nach Grafenrheinfeld“³.

Zumindest drei Initiativen in Bayern votieren ebenfalls für Erdverkabelung, wobei weiterhin 37, wie bereits 2015, Netzausbauvorhaben vollständig ablehnen. Genereller Widerstand gegen den Netzausbau ist im Jahr 2017 besonders ausgeprägt in Bayern und Hessen verankert. Auch hier fallen narrative Muster stark vergleichbar

¹ Bürgerinitiative für HGÜ Erdkabel, <http://abindieerde.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

² Bürgerinitiative Jeinsen, Höchstspannungsleitungen unter die Erde, <http://www.bi-jeinsen-pro-erdkabel.de/Unsere-Forderungen>, abgerufen am 02.12.2017.

³ Bürgerinitiative WarburgerLand, <http://www.bi-warburgerland.de/index.php/>, abgerufen am 02.12.2017.

aus: „Nein zur geplanten Stromtrasse“⁴, „Gemeinsam gegen die Monstertrasse“⁵, „Verhinderung des Baus der Trasse“⁶. Innerhalb von Widerständen gegen den Stromnetzausbau ist damit zwischen Diskursen einer gänzlichen Ablehnung und einem Einsatz für Alternativlösungen wie Erdkabel zu unterscheiden. Im ersten Fall wird die Ablehnung vielfach damit begründet, dass ein Netzausbau einer dezentralen und regionalen Energiewende zuwiderlaufe. Vor Ort würden erneuerbare Energien gefördert, was mit großen Nord-Süd-Trassen konterkariert würde. Im zweiten Fall wird gerade der Stromnetzausbau als erforderlicher Bestandteil der Energiewende angesehen. Nur so könne auch der insb. im Norden gewonnene Strom aus erneuerbaren Energien in die süddeutschen Verbrauchszentren geleitet werden (hierzu auch NEUKIRCH 2015; SCHMITT 2016; WEBER & KÜHNE 2016).

2.2 Inhaltsbezogene Kritikpunkte an Netzausbauplänen

Sowohl beim grundsätzlichen Ziel einer Verhinderung neuer Stromtrassen als auch bei Bestrebungen angepasster Planungen werden Widerstände durch regelmäßig (re-)produzierte Kritikpunkte legitimiert. Eine Differenzierung wurde induktiv im Rahmen der beiden durchgeführten Erhebungen in „Landschaft und Heimat“, „ökonomische Gründe“, „gesundheitliche Bedenken“ sowie „Naturschutz“ vorgenommen. Sowohl 2015 als auch 2017 dominieren Bezugnahmen auf sich verändernde „Landschaft“ und „zerstörte Heimat“ (Abb. 3).

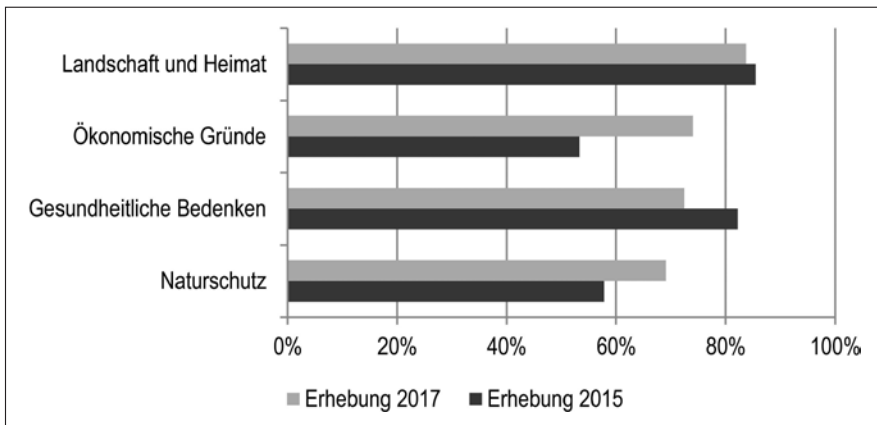


Abb. 3: Argumentationskontexte der Bürgerinitiativen von „Landschaft und Heimat“ und „ökonomische Gründe“ über „gesundheitliche Bedenken“ bis „Naturschutz“, 2017 und 2015 (Quelle: vgl. Abb. 1)

Fig. 3: Specific CI arguments in context: “landscape and home environment”, “economic concerns”, “health protection”, and “nature conservation”, 2017 and 2015 (Data: cf. Fig. 1)

⁴ Bürgerinitiative Pegnitz unter Strom, <http://www.pegnitz-unter-strom.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

⁵ Bürgerinitiative Pavelesbach gegen die Monstertrasse, <http://www.bi-pavelesbach.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

⁶ Bürgerinitiative Pro Region Aulatal, <http://www.prall-dagegen.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

Wie einige narrative Muster unterstreichen, werden „Landschaft“, „Schädigung“, „Zerstörung“, „Einschnitte“ und „Verschandelung“ im Hinblick auf Freileitungen miteinander in Beziehung gesetzt (dazu ausführlich Textbox 1). Strommasten und -leitungen werden emotional aufgeladen, als mit „Landschaft“ und „Heimat“ nicht zu vereinbaren dargestellt. Teilweise werden über diese Argumentation Erdkabel gefordert, bei denen „das Landschaftsbild kein Thema mehr“⁷ sei bzw. „Landschaft“ „optisch unbeschadet“⁸ bleibe. „Massive Einschnitte“ oder „Eingriffe“ in das „Landschaftsbild“ werden abgelehnt (Textbox 1). Entsprechend sind im Diskurs der Bürgerinitiativen vielfältige Bezugnahmen auf die zu „bewahrende Landschaft und Heimat“ hegemonial verankert.

Textpassage der Website der Bürgerinitiative Sinngrund⁹:

„Verschaffen Sie sich ein Bild von unserer waldreichen Landschaft zwischen Rhön und Spessart, deren Zukunft und Charakteristik sie nachhaltig durch die bestehenden SuedLink-Pläne schädigen wollen.“

Textpassage der Website der Bürgerinitiative Sulztal-Mühlhausen-Opf gegen Stromautobahn¹⁰:

„Die Streckenführung führt zu einer totalen Zerstörung unseres hochwertigen Landschaftsbildes! [...] Die gegebene topografische Lage des engen Sulztals, welches bereits durch Überschwemmungsflächen entlang des Gewässers Sulz, sowie durch ein Landschaftsschutzgebiet im Westen über die Maßen eingeschränkt ist, verkräftet keine weiteren massiven Einschnitte der Landschaft.“

Textpassage der Website der Bürgerinitiative Fuldata!¹¹:

„Wir wollen diesen Wahnsinn stoppen, denn [...] die Zerstörung unserer Heimat wird für die Profitgier der Übertragungsnetzbetreiber und Energiekonzerne in Kauf genommen.“

Textpassage der Website der Bürgerinitiative Innerstetal und Umgebung¹²:

„Erdkabel [sind] im Hinblick auf das Landschaftsbild und hinsichtlich der Belastung durch Magnetfelder den Hochspannungsmasten vorzuziehen. [...] Da bei Erdkabeln das Landschaftsbild kein Thema mehr ist, waren es vor allem Landwirte, die sich informieren wollten und sich vielfach auch zu Wort meldeten. [...] Mehrere Bürgerinitiativen entlang der geplanten Leitung forderten Erdkabel, ihr Hauptargument war die Verschandelung des Landschaftsbildes durch die sogenannten ‚Megamasten‘. Tennenet hielt dagegen, mit Erdkabel bei Wechselstrom-Fernleitungen gebe es keinerlei Erfahrungen.“

Textpassage der Website der Bürgerinitiative Pro Erdkabel Neuss¹³:

„Technisch sind Erdkabel kein Problem, auch für hohe und höchste Stromspannungen. Mit ihnen würde die Landschaft den Netzausbau optisch unbeschadet überleben. [...] Die Leitung wird in der vorgestellten Variante an Bad Gandersheim, Kreiensen, Einbeck, Northeim und Hardeggen entlang verlaufen und einen massiven Einschnitt in unser Landschaftsbild mit sich bringen.“

Textbox 1: Narrative Muster zu „Landschaft und Heimat“ innerhalb von Websites der Bürgerinitiativen

Textbox 1: Narrative patterns of “landscape and home environment” on CI websites

⁷ Bürgerinitiative Innerstetal und Umgebung, <http://bi-erdkabel-innerstetal-und-umgebung.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

⁸ Bürgerinitiative Pro Erdkabel Neuss, <http://www.pro-erdkabel-neuss.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

⁹ Bürgerinitiative Sinngrund, <http://www.sinnloslink.de/>, abgerufen am 02.08.2017.

¹⁰ Bürgerinitiative Sulztal-Mühlhausen-Opf gegen Stromautobahn, <http://www.muehlhausen-sulz.de/10606-Buergerinitiative.html>, abgerufen am 02.12.2017.

¹¹ Bürgerinitiative Fuldata!, <http://www.bifuldata!.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹² Bürgerinitiative Innerstetal und Umgebung, <http://bi-erdkabel-innerstetal-und-umgebung.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹³ Bürgerinitiative Pro Erdkabel Neuss, <http://www.pro-erdkabel-neuss.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

Um zu begründen, dass Vorhaben nicht wie geplant umgesetzt werden sollen, wird des Weiteren auf ökonomische Bedenken rekurriert. Hierzu zählen neben befürchteten Wertverlusten von Grundstücken und Immobilien auch Einbußen im Gewerbe oder im Tourismus. Die Bürgerinitiative Hormersdorf/Mittelfranken (Bayern) geht z. B. von einem „nicht kalkulierbaren negativen Einfluss auf den Tourismus und die Gastronomie“ aus. „Die Wertschöpfung unserer Region“ würde „dadurch erheblich geschwächt“¹⁴. „[M]it einem starken Wertverlust der Grundstücke und Immobilien“, so die Bürgerinitiative Erdkabel Vogtland, sei „zu rechnen“¹⁵. Weitere Textpassagen fallen vergleichbar aus. Fast drei Viertel aller Bürgerinitiativen rekurrieren 2017 hierauf, deutlich mehr als noch 2015 (Abb. 3).

Gesundheitliche Bedenken um Kinderleukämie, neurodegenerative Erkrankungen wie Alzheimer oder Herzrhythmusstörungen werden von knapp drei Viertel aller Initiativen (re-)produziert, wobei vergleichbare Bezugnahmen leicht rückläufig ausfallen (zu diesem Argumentationsstrang ausführlich WEBER et al. 2016). Als „Befürchtungen“ führt die Initiative Pro Erdkabel Urbar an, die „gesundheitlichen Risiken“ seien „unklar und würden sich erst nach Jahrzehnten zeigen“¹⁶. Die Bürgerinitiative Delligsen in der Hilsmulde verweist u. a. auf „Beeinträchtigungen der Gesundheit durch andauernde Strahlung/Elektrosmog, Gefährdung der gesunden Entwicklung der Kinder, Gefahr von Leukämie, Gefährdung der Gesundheit: Alzheimer, Bodenbelastungen durch Zink-/Rostschutzmittelauswaschungen mit Gefahr der Belastung unserer Nahrungsmittel“¹⁷. Neben eher allgemeinen gesundheitsbezogenen Sorgen, Risiken und Ängsten werden, wie sich zeigt, Bezüge zu vielfältigen schwerwiegenden Erkrankungen hergestellt, die durch Freileitungen drohten.

Schließlich werden auch auf knapp drei Viertel der Websites der Bürgerinitiativen Argumente mit Bezug auf „Natur“ und „Naturschutz“ vorgebracht. „Massive Eingriffe in Umwelt und Natur“¹⁸ drohten, mit einer „nachhaltigen Zerstörung von Fauna und Flora“¹⁹ sei zu rechnen, eine „naturschutzfeindliche Planung“²⁰ wird kritisiert. Die Bürgerinitiative Gümmer-Lohnde rekurriert ebenfalls vergleichbar auf die „Störung von Flora und Fauna“, zudem auf „Vogelflugrouten“, die gestört würden, sowie auf „Eingriffe in Landschaftsschutzgebiete und Naturräume“²¹. Auch hier stehen die angeführten narrativen Muster beispielhaft für vergleichbare Argumentationsweisen gegen die Planung von Freileitungen.

¹⁴ Bürgerinitiative Hormersdorf/Mittelfranken, <http://www.bi-hormersdorf.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹⁵ Bürgerinitiative Erdkabel Vogtland, <http://erdkabel-vogtland.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹⁶ Bürgerinitiative Pro Erdkabel Urbar, <http://proerdkabel-urbar.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹⁷ Bürgerinitiative Delligsen in der Hilsmulde, <http://www.bi-hilsmulde.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹⁸ Bürgerinitiative Speichersdorf sagt nein, <http://www.speichersdorf-sagt-nein.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

¹⁹ Bürgerinitiative Fuldata, <http://www.bifuldata.de/>, abgerufen am 02.12.2017.

²⁰ Bürgerinitiative Schauenburg gegen SuedLink, <http://www.gemeinde-schauenburg.de/buergerservice/archiv-presstimteilungen/545-die-buergerinitiative-schauenburg-gegen-suedlink-informiert-2/>, abgerufen am 02.12.2017.

²¹ Bürgerinitiative Gümmer-Lohnde, <http://seelze-gegen-suedlink.de/html/suedlink-fakten.html>, abgerufen am 02.12.2017.

Ein Aspekt, der in der Auswertung aus dem Jahr 2015 noch nicht separat erhoben worden war, wurde 2017 zu quantifizieren gesucht: Kritik an Planungsprozessen und Beteiligung. Etwas mehr als die Hälfte der Protestbewegungen (51,2%) halten die durchgeführten Planungsprozesse für unzureichend, zu wenig „transparent“ und zu wenig Bürger/-innen beteiligend. Derzeitige Vorgehensweisen werden als unvereinbar mit Zielen und Erwartungen der Bewegungen konstituiert. Die Fragen nach Informationspolitik, Bürgerbeteiligung und Entscheidungsmöglichkeiten stellen sich in vielfältigen Kontexten von Infrastrukturprojekten und spiegeln sich entsprechend ausführlich in vielfältigen Veröffentlichungen wider (unter vielen ARBTER et al. 2005; BMVI 2014; KAMLAGE et al. 2014; KOCH & LÜTKEHAUS 2013; KOCH et al. 2014; KÖNEN et al. 2018; OTREMBIA 2013; STEGERT & KLAGGE 2015; WALTER et al. 2013).

Um diese Ziele zu erreichen, werden von den meisten Bürgerinitiativen *vielfältige* Argumente vorgebracht und miteinander in Beziehung gesetzt, um die zentral verfolgten Ziele zu stützen. Dies betrifft sowohl Absichten, Trassenplanungen in Gänge zu verhindern, als auch Anpassungen, insb. Erdverkabelung, anzuregen. Alle vier großen Felder – von „Landschaft und Heimat“ bis „Naturschutz“ – werden weitgehend übergreifend (re-)produziert und können so im Diskurs der Bürgerinitiativen als hegemonial gedeutet werden. Einerlei ob diese Kritikpunkte „tatsächlich“ als bedeutsam oder nicht erachtet werden – sie werden vorgebracht und dienen so den Zielsetzungen.

3 Fazit und Ausblick

Mit der Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011 kam es zu weitreichenden Umbrüchen. Die vormals noch gesellschaftlich und regierungspolitisch weit verbreitete und damit hegemoniale Vorstellung einer Steuerbarkeit von Kernkraft in Industrienationen brach zusammen. In Deutschland bewirkte dies eine Beschleunigung der eingeleiteten „Energiewende“ mit einem starken Zuwachs erneuerbarer Energien. Es wurde als nicht mehr verantwortbar angesehen, weiter auf Kernkraft als Energieträger zu setzen. Die Alternative wurde (und wird) in erneuerbaren Energien gesehen. Wie mit einem Fokus auf bürgerschaftlichem Engagement im Zuge des Stromnetzausbaus allerdings gezeigt werden konnte, wird der politisch und planerisch als notwendig erachtete Ausbau der Übertragungsnetze zugunsten des Transports erneuerbarer Energien keineswegs allseits befürwortet. Die Politik wurde zwischenzeitlich von massivem Bürgerprotest verunsichert, womit als Konsequenz Erdverkabelung gesetzlich favorisiert wurden (Bundesgesetzblatt 2015). Für einige Bürgerinitiativen stellen diese das bereits seit Beginn ihres Engagements angestrebte Ziel dar, doch tragen sie nicht voll umfänglich zu einer „Befriedung“ von Energiekonflikten um den Stromnetzausbau bei. Von vielen Bürgerinitiativen wird weiterhin die Notwendigkeit der Ausbaupläne *insgesamt* kritisch hinterfragt.

Die diskurstheoretische Analyse ermöglicht es einerseits, Verschiebungen von Argumentationsmustern im Zeitverlauf herauszuarbeiten. Zum anderen rücken insb. hegemonial verfestigte und übergreifend geteilte Positionen in den Fokus. Dies wurde besonders im Hinblick auf die in Teilen nahezu identischen Kritikpunkte um „Landschafts- und Heimatzerstörung“, „ökonomische Bedenken“, „Gesundheitsrisiken“

und „Verlust von Umwelt und Natur“ deutlich, die so auf Seiten der Bewegungen, aber auch medial verfestigt werden und Wirkmächtigkeit erlangen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang die hohe Parallelität zu inhaltsbezogenen Kritikpunkten am Ausbau von Windkraftanlagen (siehe dazu EICHENAUER et al. 2018; LEIBENATH & OTTO 2013; OTTO & LEIBENATH 2013; SCHMID & ZIMMER 2012; WEBER et al. 2017). Die entsprechenden Felder entfalten „vor Ort“ hohe Bedeutung bzw. werden sie angeführt, um Zielsetzungen zu untermauern. Sie können damit ab einem gewissen Punkt gleichzeitig so „natürlich“ erscheinen, dass es immer schwieriger wird, es hinzunehmen, wenn Stromtrassen oder Windkraftanlagen gebaut würden.

Eine diskurstheoretische Forschungsperspektive „begnügt“ sich üblicherweise damit, gesellschaftliche Wandlungsprozesse (oder hier konkret Energiekonflikte) zu analysieren und in gewisser Weise zu dekonstruieren. Ein Rückzug auf „die Wissenschaft“ erscheint gleichwohl problematisch, wenn an Forscher/-innen herangetreten und die Frage aufgeworfen wird, wie nun die Ergebnisse anwendungsbezogen zum Umgang mit Energiewende und Netzausbau genutzt werden könnten. In geographischen Analysen wurde bisher kaum (eine der Ausnahmen STRATFORD et al. 2003) auf konflikttheoretisch-produktive Seiten der Überlegungen von Laclau und insb. Mouffe geschaut. In Teilen wurde bisher eine Anwendungsorientierung eher als problematisch angesehen (hierzu GLASZE 2013, 53 f.; JØRGENSEN & PHILLIPS 2002, 24; NONHOFF 2010, 52 – wenngleich z. B. durchaus angeführt wird, dass „Handlungsspielräume in scheinbar eindeutigen Situationen“ aufgezeigt (GLASZE & MATTISSEK 2009b, 44) oder „marginalisierten Positionen strategisch zur Sichtbarkeit“ verholfen werden sollten (DZUDZEK et al. 2012, 16). In Weiterführung des Konzepts einer „radikalen und pluralen Demokratie“ (CRITCHLEY & MARCHART 2004, 4; GLASZE 2013, 94; LACLAU & MOUFFE 2015 [engl. Orig. 1985]) entwirft Chantal Mouffe die Konzeption eines „agonistischen Pluralismus“, bei dem „Konflikte“ zu einem zentralen Bezugspunkt werden (MOUFFE 2007a; MOUFFE 2010; MOUFFE 2014). Einen Ausgangspunkt stellt die Beobachtung dar, dass „rationale Konsense“ als Ziel von Demokratie nicht haltbar seien (MOUFFE 2014, 91). Konsens wird damit auch nur zu einer brüchigen, vorübergehenden Erscheinung: „Wenn wir anerkennen, dass jeder Konsens als ein zeitweiliges Resultat einer provisorischen Hegemonie wirksam ist, als eine Stabilisierung von Macht, und auch, dass er immer eine Art von Ausschluss beinhaltet, beginnen wir Demokratiepolitik anders zu begreifen“ (MOUFFE 1999, 32; auch WENMAN 2013, 195). Anstatt von Konsens ist eher ein „konfliktualer Konsens“ anzustreben (MOUFFE 2007b, 43) bzw. sind Kompromisse zu finden, die zu einer *temporären* Befriedung beitragen können (MCGUIRK 2001, 214). Konkreter formuliert bedeutet dies, „dass der ‚andere‘ im Reich der Politik nicht als ein Feind betrachtet wird, den es zu zerstören gilt, sondern als ein ‚Gegner‘, d. h. als jemand, dessen Ideen wir bekämpfen, dessen Recht, seine Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Frage stellen“ (MOUFFE 2007a, 45), um „pointierte Alternativen“ zu ermöglichen (NONHOFF 2010, 51). Eine Verknüpfung diskurstheoretischer Analysen mit dem Zugang eines agonistischen Pluralismus böte die Chance, auch konkretisierte anwendungsbezogene Empfehlungen abzuleiten. Einerseits geht damit automatisch eine gewisse Pragmatisierung und Normativität einher (CHILLA et al. 2015; KALYVAS 2009, 35).

Andererseits orientieren sich solche Empfehlungen an der Vermeidung eindimensionaler Positionierungen und damit an der grundsätzlich postulierten Offenheit von „sozialen Wirklichkeiten“ (LACLAU & MOUFFE 2015 [engl. Orig. 1985], 148). Während Diskursanalysen zwar aktuelle Aushandlungsprozesse differenziert „sezieren“ können, sind sie weniger auf „konkrete“ Handlungsoptionen ausgerichtet. Mit dem agonistischen Pluralismus die Produktivität von Konflikten zu betonen und Optionen der Konfliktbearbeitung abzuleiten, könnte dazu beitragen, eine Brücke über die „Theorie-Praxis-Kluft“ zu bauen. Die hier im Ausblick skizzierte Perspektive gilt es künftig tiefergehend auszuleuchten.

Literatur

- Agentur für Erneuerbare Energien 2015: Die deutsche Bevölkerung will mehr Erneuerbare Energien: Repräsentative Akzeptanzumfrage zeigt hohe Zustimmung für weiteren Ausbau. Berlin. URL: <http://www.unendlich-viel-energie.de/die-deutsche-bevoelkerung-will-mehr-erneuerbare-energien> (letzter Zugriff 02.12.2017).
- Aktionsbündnis der Trassengegner 2014: Aktionstag gegen die Gleichstrompassage Süd-Ost – der Protest geht weiter! URL: http://www.buerger-gegen-strommonstertrasse.de/mediapool/145/1450520/data/BI_Info_29_06_14/Pressemitteilung-Aktionstag2014-Aktionsbuendnis.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- ARBTER, K., M. HANDLER, E. PURKER, G. TAPPEINER & R. TRATTNIGG 2005: Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik & Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Wien. URL: http://www.oegut.at/downloads/pdf/part_hb-oeff-beteiligung.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- BAYERL, G. 2005: Die „Verdrahtung“ und „Verspargelung“ der Landschaft. In: Deutscher Rat für Landespflege (Hrsg.): Landschaft und Heimat. Ergebnisse der Tagung „Landschaft und Heimat“ vom 18. bis 19. November 2004 in Freiburg im Breisgau. Meckenheim, S. 38–49 (= Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege, 77).
- BECKER, S. & M. NAUMANN, M. 2016: Energiekonflikte nutzen – Wie die Energiewende vor Ort gelingen kann. Erkner. URL: http://transformation-des-energiesystems.de/sites/default/files/EnerLOG_Broschuere_Energiekonflikte_nutzen.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- BECKER, S., L. GAILING & M. NAUMANN 2013: Die Akteure der neuen Energielandschaften – das Beispiel Brandenburg. In: GAILING, L. & M. LEIBENATH (Hrsg.): Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden, S. 19–31.
- BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) & BfN (Bundesamt für Naturschutz) 2016: Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Bonn. URL: <https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/Naturbewusstseinsstudie2015.pdf> (letzter Zugriff 02.12.2017).
- BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) 2014: Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor. Berlin. URL: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff 02.12.2017).
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) 2016: Erneuerbare Energien in Zahlen. Nationale und internationale Entwicklung im Jahr 2015. Berlin. URL: <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/erneuerbare-energien-in-zahlen.property=-pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (letzter Zugriff 02.12.2017).

- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) 2017: Erneuerbare Energien auf einen Blick. Berlin. URL: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/erneuerbare-energien-auf-einen-blick.html> (letzter Zugriff 02.12.2017).
- BRUNS, A. 2016: Die deutsche Energiewende – Beispiel für eine fundamentale Transition. In: Geographische Rundschau 68, 11, S. 4–11.
- Bundesgesetzblatt 2015: Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus. 21. Dezember 2015. Berlin. URL: http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/gesetz-zur-aenderung-von-bestimmungen-des-rechts-des-energieleitungsbaus.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (letzter Zugriff 02.12.2017).
- Bundesnetzagentur 2017: Leitungsvorhaben. Bonn. URL: <https://www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/de.html> (letzter Zugriff 02.12.2017).
- Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink 2017: Startseite der Website. Fulda, Burghaun, Bad Emstal, Isernhagen. URL: <http://bundesverband-gegen-suedlink.de/> (letzter Zugriff 02.12.2017).
- CHILLA, T., O. KÜHNE, F. WEBER & F. WEBER 2015: ‚Neopragmatische‘ Argumente zur Vereinbarkeit von konzeptioneller Diskussion und Praxis der Regionalentwicklung. In: KÜHNE, O. & F. WEBER (Hrsg.): Bausteine der Regionalentwicklung. Wiesbaden, S. 13–24.
- CRITCHLEY, S. & O. MARCHART 2004: Introduction. In: CRITCHLEY, S. & O. MARCHART (Eds.): Laclau. A critical reader. London, S. 1–13.
- DZUDZEK, I., C. KUNZE & J. WULLWEBER 2012: Einleitung: Poststrukturalistische Hegemonietheorien als Gesellschaftskritik. In: DZUDZEK, I., C. KUNZE & J. WULLWEBER (Hrsg.): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven. Bielefeld, S. 7–28.
- EICHENAUER, E., F. REUSSWIG, L. MEYER-OHLENDORF & W. LASS 2018: Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: KÜHNE, O. & F. WEBER (Hrsg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, S. 633–651.
- GLASZE, G. & A. MATTISSEK 2009a: Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: GLASZE, G. & A. MATTISSEK (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 153–179.
- GLASZE, G. & A. MATTISSEK 2009b: Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierung. In: GLASZE, G. & A. MATTISSEK (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 11–59.
- GLASZE, G. 2007: Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. 73 Absätze. In: FQS – Forum Qualitative Sozialforschung 8, 2.
- GLASZE, G. 2013: Politische Räume. Die diskursive Konstitution eines »geokulturellen Raums« – die Frankophonie. Bielefeld.
- GLASZE, G., S. HUSSEINI & J. MOSE 2009: Kodierende Verfahren in der Diskursforschung. In: GLASZE, G. & A. MATTISSEK (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 293–314.
- HILDEBRAND, J. & I. RAU 2012: Die Akzeptanz des Netzausbaus – Ergebnisse einer umweltsychologischen Studie. In: EMF-Spektrum 2, S. 4–7.
- HÜBNER, G. & C. HAHN 2013a: Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein – Abschlussbericht zum Forschungsprojekt. Halle.

- HÜBNER, G. & C. HAHN 2013b: Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt (Institut für Psychologie der Universität Halle-Wittenberg). Halle. URL: http://www.forum-netzintegration.de/uploads/media/Akzeptanz_Stromnetz_SH_Mai2013_web.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- JØRGENSEN, M. & L. PHILLIPS 2002: *Discourse Analysis as Theory and Method*. London/Thousands Oaks/New Delhi.
- KALYVAS, A. 2009: The Democratic Narcissus: The Agonism of the Ancients Compared to that of the (Post)Moderns. In: SCHAAP, A. (Ed.): *Law and Agonistic Politics*. London/New York, S. 15–41.
- KAMLAGE, J.-H., P. NANZ & B. FLEISCHER 2014: Dialogorientierte Bürgerbeteiligung im Netzausbau. In: ROGALL, H. et al. (Hrsg.): *Im Brennpunkt: Die Energiewende als gesellschaftlicher Transformationsprozess*. Marburg, S. 195–216.
- KOCH, S., L. ODPARLIK & J. KÖPPEL 2014: Wo steht die Partizipation beim Netzausbau? Eine Analyse der Beteiligungsverfahren zu ausgewählten Projekten aus dem Bedarfsplan des Energieleitungsausbaugesetzes. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 46, 4, S. 116–123.
- KOCH, Y. & I. LÜTKEHAUS 2013: Neue Formen der Bürgerbeteiligung beim Stromnetzausbau. In: UMID – Umwelt – Mensch-Informationsdienst 2, S. 93–98.
- KÖNEN, D., I. GRYL & J. POKRAKA 2018: Zwischen ‚Windwahn‘, Interessenvertretung und Verantwortung: Bürger*innenbeteiligung am Beispiel Windkraft im Spiegel von Neocartography und Spatial Citizenship. In: KÜHNE, O. & F. WEBER (Hrsg.): *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden, S. 207–230.
- KÜHNE, O., F. WEBER & C. JENAL 2016: Der Stromnetzausbau in Deutschland: Formen und Argumente des Widerstands. In: *Geographie aktuell und Schule* 38, 222, S. 4–14.
- LACLAU, E. & C. MOUFFE 2015 [engl. Orig. 1985]: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- LACLAU, E. 1990: *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London/New York.
- LEIBENATH, M. & A. OTTO 2013: Windräder in Wolfhagen – eine Fallstudie zur diskursiven Konstituierung von Landschaften. In: LEIBENATH, M. et al. (Hrsg.): *Wie werden Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften*. Bielefeld, S. 205–236.
- LEIBENATH, M. 2013: Landschaften unter Strom. In: GAILING, L. & M. LEIBENATH (Hrsg.): *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden, S. 7–15.
- LEIBENATH, M. 2014: Landschaft im Diskurs: Welche Landschaft? Welcher Diskurs? – Praktische Implikationen eines alternativen Entwurfs konstruktivistischer Landschaftsforschung. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 46, 4, S. 124–129.
- LENNON, M. & M. SCOTT 2015: Opportunity or Threat: Dissecting Tensions in a Post-Carbon Rural Transition. In: *Sociologia Ruralis* (online), S. 1–23.
- MARG, S., C. HERMANN, V. HAMBAUER & A. B. BECKÉ 2013: „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin“ – Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: WALTER, F. et al. (Hrsg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg*, S. 94–138 (= BP-Gesellschaftsstudie).
- MATTISSEK, A. 2008: *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld.
- MAUBACH, K.-D. 2014: *Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung*. Wiesbaden.

- McGUIRK, P. 2001: Situating communicative planning theory: context, power, and knowledge. In: *Environment and Planning A* 33, 2, S. 195–217.
- MOUFFE, C. 1999: Dekonstruktion, Pragmatismus und die Politik der Demokratie. In: MOUFFE, C. (Hrsg.): *Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft*. Wien, S. 11–35.
- MOUFFE, C. 2007a: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: NONHOFF, M. (Hrsg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld, S. 41–53.
- MOUFFE, C. 2007b: *Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main.
- MOUFFE, C. 2010: *Das demokratische Paradox*. Wien.
- MOUFFE, C. 2014: *Agonistik – Die Welt politisch denken*. Berlin.
- NEUKIRCH, M. 2014: Konflikte um den Ausbau der Stromnetze – Status und Entwicklung heterogener Protestkonstellationen. SOI Discussion Paper 2014–01. Stuttgart. URL: http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen/soi_2014_1_Neukirch_Konflikte_um_den_Ausbau_der_Stromnetze.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- NEUKIRCH, M. 2015: Mehr Netzausbau mit weniger Kohle? Zwei ökologische Perspektiven auf „Korridor D“. In: *Zeitschrift für Politische Ökologie* 141, S. 132–135.
- NONHOFF, M. 2010: Chantal Mouffe und Ernesto Laclau: Konfliktivität und Dynamik des Politischen. In: BRÖCKLING, U. & R. FEUSTEL (Hrsg.): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld, S. 33–57.
- NÜNNING, A. 2002: Von der strukturalistischen Narratologie zur ‚postklassischen‘ Erzähltheorie: Ein Überblick über neue Ansätze und Entwicklungstendenzen. In: NÜNNING, A. & V. NÜNNING (Hrsg.): *Neue Ansätze in der Erzähltheorie*. Trier, S. 1–33.
- Öko-Institut e. V. 1980: *Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*. Freiburg.
- OTREMBIA, M. 2013: Netzausbau und Bürgerbeteiligung – Informieren, diskutieren, mitgestalten. In: *UMID – Umwelt und Mensch-Informationendienst* 2, S. 89–92.
- OTTO, A. & M. LEIBENATH 2013: Windenergielandschaften als Konfliktfeld – Landschaftskonzepte, Argumentationsmuster und Diskurskoalitionen. In: GAILING, L. & M. LEIBENATH (Hrsg.): *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden, S. 65–75.
- RIEGEL, C. & T. BRANDT 2015: Eile mit Weile – Aktuelle Entwicklungen beim Netzausbau. In: *ARL-Nachrichten* 45, 2, S. 10–16.
- SCHMID, S. & R. ZIMMER 2012: Akzeptanz von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energie im Konflikt“. Berlin. URL: https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Akzeptanz/UfU_Paper_1-13_Akzeptanz_von_Windkraftanlagen_in_Baden_Wuerttemberg.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- SCHMITT, T. 2016: Die Debatten um neue Stromtrassen als Symptomkonflikte der Energie-wende. In: *Geographische Rundschau* 68, 11, S. 18–25.
- STEGERT, P. & B. KLAGGE 2015: Akzeptanzsteigerung durch Bürgerbeteiligung beim Übertragungsnetzausbau? – Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: *Geographische Zeitschrift* 103, 3, S. 171–190.
- STRAFORD, E., D. ARMSTRONG & M. JASKOLSKI 2003: Relational spaces and the geopolitics of community participation in two Tasmanian local governments: a case for agonistic pluralism? In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 28, 4, S. 461–472.

- STURM, C. & A. MATTISSEK 2018: Energiewende als Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik – eine diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Perspektive. In: KÜHNE, O. & F. WEBER (Hrsg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, S. 109–128.
- WALTER, F. 2013: Bürger in Bewegung – Zur Einführung. In: WALTER, F. et al. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg, S. 9–13 (= BP-Gesellschaftsstudie).
- WALTER, F. et al. (Hrsg.) 2013: Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen? Rowohlt. Reinbek bei Hamburg (= BP-Gesellschaftsstudie).
- WEBER, F. & C. JENAL 2016: Windkraft in Naturparks. Konflikte am Beispiel der Naturparke Soonwald-Nahe und Rhein-Westerwald. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 48, 12, S. 377–382.
- WEBER, F. & O. KÜHNE 2016: Räume unter Strom. Eine diskurstheoretische Analyse zu Aushandlungsprozessen im Zuge des Stromnetzausbaus. In: Raumforschung und Raumordnung 74, 4, S. 323–338.
- WEBER, F. 2013: Soziale Stadt – Politique de la Ville – Politische Logiken – (Re-)Produktion kultureller Differenzierungen in quartiersbezogenen Stadtpolitiken in Deutschland und Frankreich. Wiesbaden.
- WEBER, F., A. ROSSMEIER, C. JENAL & O. KÜHNE 2017: Landschaftswandel als Konflikt. Ein Vergleich von Argumentationsmustern beim Windkraft- und beim Stromnetzausbau aus diskurstheoretischer Perspektive. In: KÜHNE, O., H. MEGERLE & F. WEBER (Hrsg.): Landschaftsästhetik und Landschaftswandel. Wiesbaden, S. 215–244.
- WEBER, F., O. KÜHNE, C. JENAL, T. SANIO, K. LANGER & M. IGEL 2016: Analyse des öffentlichen Diskurses zu gesundheitlichen Auswirkungen von Hochspannungsleitungen – Handlungsempfehlungen für die strahlenschutzbezogene Kommunikation beim Stromnetzausbau – Ressortforschungsbericht. Salzgitter. URL: https://doris.bfs.de/jspui/bitstream/urn:nbn:de:0221-2016050414038/3/Bfs_2016_3614S80008.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- WENMAN, M. 2013: Agonistic Democracy – Constituent Power in the Era of Globalisation. Cambridge.
- ZIMMER, R., S. KLOKE & M. GAEDTKE 2012: Der Streit um die Uckermarkleitung – eine Diskursanalyse. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“. Berlin. URL: http://opus.kobv.de/zlb/volltexte/2013/20508/pdf/Streit_um_die_Uckermarkleitung.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).